

22. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 28. MÄRZ 2006

Vorlage Nr.           640   ANFRAGE  
Zu TOP                33

-----

A N F R A G E

der Stadträte Wolfram Jäger, Bernhard Weick und Andreas Erlecke (CDU)  
sowie der  
CDU-Gemeinderatsfraktion vom 16. Februar 2006

Privatisierung der Müllabfuhr

1. Welche Erkenntnisse liegen der Stadtverwaltung im Hinblick auf eine Privatisierung der Müllentsorgung/-abfuhr vor? Welche Argumente sprechen für bzw. gegen eine Privatisierung in diesem Bereich?
2. Könnte nicht zumindest eine Teilprivatisierung, möglicherweise in Verbindung mit den Stadtwerken Karlsruhe, zu einer wesentlichen Verbesserung der derzeit unsicheren Versorgungssituation beitragen?
3. Welche Städte in vergleichbarer Größe bedienen sich privater Unternehmen im Bereich der Müllentsorgung? Welche Erfahrungen haben diese Städte gemacht?
4. Könnte sich die Stadtverwaltung im Falle eines Streiks den Einsatz von Leiharbeitern oder ähnliche Maßnahmen vorstellen, um eine Entsorgung des Mülls sicherstellen zu können?
5. Könnte sich die Stadtverwaltung ein Modell vorstellen, das den Bereich der Müllabfuhr im gesamten Karlsruher Stadtgebiet für den Wettbewerb zwischen der städtischen Abfallentsorgung und privaten Müllentsorgern öffnet?

Sachverhalt / Begründung:

Wiederholt hat sich der Gemeinderat mit der Frage der Privatisierung städtischer Leistungen beschäftigt. Vor dem Hintergrund des aktuellen Streiks im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg stellt sich diese Frage erneut.

Insbesondere im Bereich der Müllentsorgung/-abfuhr sehen wir

Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf. Zahlreiche Städte und Gemeinden nutzen für diese Aufgabe bereits private Unternehmen und haben damit nach unserem Kenntnisstand positive Erfahrungen gemacht.

Aktuell finden andere Städte Zwischenlösungen und setzen z. B. Leiharbeiter ein.

Um gerade im Abfallbereich die Entsorgungssicherheit garantieren zu können, sollte eine Privatisierung erneut geprüft werden.

gez. Wolfram Jäger  
gez. Bernhard Weick  
gez. Andreas Erlecke

Hauptamt - Sitzungsdienste  
16. März 2006

Stellungnahme: